

Ressort: Politik

Zeitung: Union droht neuer Streit wegen Ehegattensplitting für Homo-Ehen

Berlin, 21.11.2012, 14:41 Uhr

GDN - Der CDU droht auf ihrem Parteitag Anfang Dezember ein offener Streit über die Ausweitung des Ehegatten-Splittings auf eingetragene Lebenspartnerschaften. Wie die Tageszeitung "Die Welt" (Donnerstagsausgabe) berichtet, plant eine Gruppe von Bundestagsabgeordneten um die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Ingrid Fischbach einen Initiativantrag dazu.

Die Abgeordneten, die sich für eine steuerliche Gleichstellung eingetragener Partnerschaften von Homosexuellen einsetzen, fühlen sich durch konservative Christdemokraten aus Hessen provoziert. Der Kreisverband Fulda hatte nämlich für den Parteitag einen Antrag eingebracht, der die CDU darauf festlegen soll, eine Ausweitung des Ehegattensplittings auch künftig abzulehnen. In der von Generalsekretär Hermann Gröhe geleiteten Antragskommission kam es zu einem heftigen Streit über den Antrag, der mit einem Abstimmungsstau endete. Als Kompromiss setzt Gröhe dann durch, den Fuldaer Antrag anzunehmen, wenn auch in einer sprachlich veränderten Fassung. Der Parteitag soll nun beschließen: "Eine steuerliche Gleichstellung von eingetragenen Lebenspartnerschaften im Ehegattensplitting lehnen wir ab." Das wollen die Befürworter einer Liberalisierung nicht hinnehmen und gehen nun auf Konfrontationskurs zu Antragskommission und Parteiführung. "Das ist so nicht hinnehmbar und gibt jetzt auf jeden Fall eine Debatte auf dem Parteitag", sagt die Abgeordnete Elisabeth Winkelmeier-Becker der "Welt": "Ich bin mir sicher, wenn diese Frage in der CDU breit diskutiert wird, werden unsere Argumente am Ende obsiegen." Doch auch die Konservativen wollen für ihren Antrag kämpfen. Der Autor des Ursprungsantrages, der Fuldaer Bürgermeister Wolfgang Dippel, sagte der "Welt": "Die Union steht für Ehe und Familie. Das soll auch so bleiben - wir sollten in dieser Frage nicht den Grünen hinterherlaufen." Dippel, der in dieser Frage auch den hessischen Landesverband hinter sich sieht, kritisiert die Befürworter der steuerlichen Gleichstellung in der Bundestagsfraktion und auch in der Bundesregierung: "Wir grenzen uns in unserem Antrag ganz bewusst von der Politik einiger Abgeordneter und leider auch unserer Familienministerin Kristina Schröder ab, die in dieser Frage nicht auf dem Boden unseres Parteiprogrammes stehen."

Bericht online:

<https://www.germindailynews.com/bericht-2769/zeitung-union-droht-neuer-streit-wegen-ehegattensplitting-fuer-homo-ehen.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com